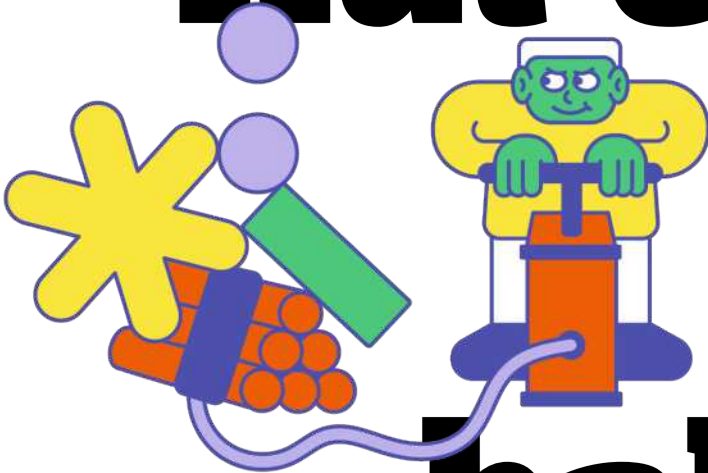


Hat es

sich



bald



ausge-

*innen



gendert?

SPRACHE Die AfD geht gegen Gender-Sternchen, -Doppelpunkt und -Unterstrich auf Stimmenfang, dabei sind die Verfechter von Sonderzeichen längst auf dem Rückzug. Über einen deutschen Kulturkampf.

G

»Gendern wird nix ändern«, steht auf der einen Seite. Und »EkelhAfD« auf der anderen. Es war bei einer Anti-AfD-Demonstration im rheinland-pfälzischen Simmern in diesem Jahr, als Leona Riemann ihre selbst gemachten Flyer mit diesen Aufschriften verteilte. Sie drückt damit ein Dilemma aus, das wohl viele verspüren, wenn es ums Gendern geht.

»Total fatal« sei die Lage bei diesem Thema, sagt Riemann, 71, Schriftstellerin und Lehrerin im Ruhestand. Total fatal, dass der Widerstand gegen die Gendersprache, die sie, die sich »als politisch links orientierte Feministin« versteht, ablehnt, vor allem von rechts betrieben wird, von der AfD, die sie ebenso ablehnt. Für Riemann ist Gendern »unlogisch, ungerecht und unnötig«, weil es davon ausgehe, dass »Frauen keinen den Männern gleichberechtigten Status haben, sondern erst einmal ›inkludiert‹ werden müssen«. Bei Sonderzeichen wie Stern, Doppelpunkt und Unterstrich bekomme sie als Sprachliebhaberin »einfach die Krätze«, betont sie. Keinesfalls lasse sie sich in die rechte Ecke drängen.

Leona Riemann ist mit ihrer Abwehr des Genderns keineswegs allein, im Gegenteil. In den meisten Umfragen spricht sich eine klare Mehrheit gegen das Gendern aus, es sind, je nachdem, wie die Frage gestellt wird, mal rund 60, mal rund 70 Prozent dagegen. Nun könnte man denken: Wenn die Lage so klar ist, sollte man es dann nicht einfach lassen?

So einfach ist es nicht. Es gibt den Bundesverfassungsgerichtsentscheid von 2017, der neben Männern und Frauen eine dritte Option zuließ, »divers«. Um non-binären Menschen auch sprachlich gerecht zu werden, gibt es die besonderen Schreibweisen, die viele so erzürnen. Die Inklusion von wenigen scheint andererseits zur Exklusion von vielen zu führen, die sich in der geschlechtsneutralen Sprache nicht mehr richtig zu Hause fühlen.

Die AfD macht sich das zunutze und bewirtschaftet die Empörung intensiv. Der Kampf gegen die Gendersprache ist, wie der Freiburger Politologe Sebastian Jäckle sagt, zum »symbolpolitischen Instrument der Rechten geworden, mit dem sich Wähler bis in die Mitte und darüber hinaus ansprechen lassen«. In den drei Ost-Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen, wo im »Schicksalswahljahr« 2024 der Durchmarsch der AfD droht, spielt die Anti-Gender-Politik eine nicht zu unterschätzende Rolle. Vor wenigen Monaten hat die AfD in

Brandenburg eine Volksinitiative namens »genderfrei« gestartet, für die sie während des Wahlkampfs nun Unterschriften sammelt.

Ein Stellvertreterkrieg: Von Empörungsbewirtschaftern und Veränderungser schöpfen

Doch es ist nicht die AfD allein, die gegen die geschlechtersensible Sprache auftritt. Immer stärker setzen auch die Bürgerlichen auf das populistische Potenzial von Verboten der Gendersprache. Zuletzt war es der von der CSU und den Freien Wählern regierte Freistaat Bayern, der seinen Behörden, Schulen und Hochschulen untersagte, Gender-sonderzeichen in offiziellen Schreiben zu verwenden, gültig seit April. Auch Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein haben Genderzeichen zum Politikum gemacht und ihre Verwendung in Schulen auf unterschiedliche Weise eingeschränkt. Die hessische Landesregierung – hier ist auch die SPD beteiligt – hat die Sonderschreibweisen in der Verwaltung verboten, und das hessische Kultusministerium hat entschieden, dass Genderzeichen in Abschlussarbeiten als Schreibfehler gelten. Es gibt eine Anti-Gender-Volksinitiative in Niedersachsen, und in Hamburg läuft derzeit ein Volksbegehren, das bis zum 28. August 66.000 Unterschriften gegen das Gendern sammeln will.

Nicht weniger als ein »Krieg der Wörter« sei da im Gang, glaubt Walter Krämer, der Vorsitzende des sprachkonservativen Vereins Deutsche Sprache und vielleicht der notorischste Anti-Gender-Krieger im Land. Krämer hält die Gendersprache für ein Thema, »das die Menschen in unserem Lande fast noch mehr bewegt als die Energiekrise oder der Ukrainekrieg«.

Auffällig ist zugleich, dass alle, die sich gegen genderversensible Sprache engagieren, stets betonen, wie unwichtig das Thema doch eigentlich sei. Dass es wahrlich Wichtigeres zu tun gäbe als diese »Luxusdebatte« – was



Autorin Riemann

auch stimmt. Und dann drehen sie sich um und kämpfen weiter mit Vehemenz auf dem Nebenschauplatz.

Wenn man wirklich von einem »Krieg« sprechen will, dann ist das ein Stellvertreterkrieg. Denn um Sprache dreht sich der Konflikt nur mittelbar. Der AfD und jenen, die ihre Strategie kopieren, geht es ganz bestimmt nicht um die Unversehrtheit des gemeinsamen Kulturguts deutsche Sprache. Sie nutzen eine Stimmung aus für ihre politischen Zwecke, für ihren Kampf um Macht.

Auch den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die sich am Genderstern stören, geht es womöglich nicht wirklich um korrektes Deutsch. Oder nicht nur. Sie leiden vielleicht weniger unter vermeintlicher »Gender-Gängelei« als an »Veränderungser schöpfung« insgesamt, wie der Berliner Soziologe Steffen Mau es nennt.

Manchen Menschen, so glaubt Mau, scheint das Thema als Ventil zu dienen für den Ärger über so reale Problemfelder wie Inflation, Energiewende, Heizungsgesetz, Pandemie, Zuwanderung. Es gibt hier ein Gefühl des »Ich komme da nicht mehr mit«, des »Wo soll das alles noch hinführen?«. Die seltsamen neuen Fremdkörper in der Sprache bestätigen womöglich bei vielen ein Gefühl der Entfremdung von einer sich immer schneller verändernden Welt. Plötzlich soll nicht mehr gelten, was immer galt. Das führt zu Abwehrreaktionen.

Ein Stellvertreterkrieg: Das gilt auch für einige der Befürworter von inklusiver Sprache, wie sie an Hochschulen, Verwaltungen, Gymnasien, in Unternehmen und in Gleichstellungsbüros zu finden sind und die sich fragen müssen, ob sie mit manchen, schwer leserlichen bis unsinnigen geschlechterinkluisiven Begrifflichkeiten nicht über ihr Ziel hinauschießen. Es gibt bei Gender-Progressiven viel Gesinnungstümelei, eine zur Schau getragene Über-Correctness, mit der das breite Publikum vor den Kopf gestoßen wird.

Wenn in der Geschäftsordnung des Stadtrats von Neuss ein Satz wie der folgende steht: »Der Rat bestellt auf Vorschlag der*des Bürgermeisterin*Bürgermeisters eine*n Bedienstete*n der Stadtverwaltung zum*zur Schriftführer*in«, dann ist das kaum mehr lesbar. Wenn die Linkenpolitikerin Katalin Gennburg, wie in diesem Jahr geschehen, im Berliner Abgeordnetenhaus von »Penisträger*innen« spricht, die gegenüber »Sitzpinkler*innen« einen »privilegierten Zugang zu Stehpissoirs« hätten, dann erhalten rechte Einheizer perfekte Beispiele, um Stimmung zu machen gegen »Gender-Gaga«. Statt Inklusion entsteht so vor allem Aggression.

Wo der Postmensch klingelt und »alle so reden«: Gendernde Pfadfinderinnen im Prenzlauer Berg

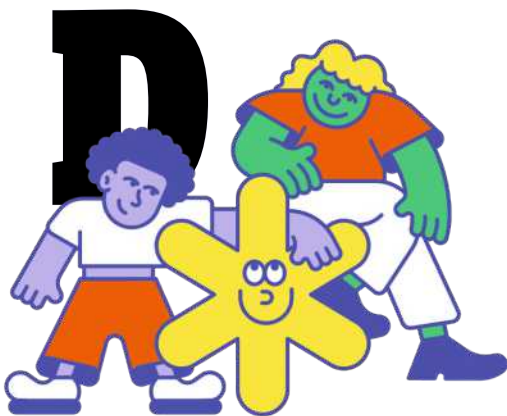
Gibt es in dieser nervösen Lage auch Orte, wo ganz selbstverständlich gegendert wird? Wo sich niemand darüber aufregt? Sie sind

nicht leicht zu finden. Es sind Mikrokosmen, kleine urbane oder akademische Szenen, soziale »Bubbles«. So wie die Pfadfinderinnen-Ortsgruppe Prenzlauer Berg in Berlin.

Ein Mittwoch, es ist Gruppenabend. Fünf Mädchen sind da, alle um die 15, gemeinsam mit ihren Leiterinnen Gizem und Charly. Geschlechtergerechte Sprache? Fritzi sagt, sie achte da »gar nicht mehr drauf«, es passiere einfach, sei einfach normal.

Wirklich lernen hätte sie die paar Wörter nicht müssen, sagt Paula, und Felicitas meint, man schnappe das einfach aus dem Umfeld auf, »weil bei mir alle so reden«. Nach einem Beispiel gefragt, fällt der Satz »Meine Lehrer*innen sind alle doof«, natürlich mit Glottisschlag, dem stimmlosen Verschlusslaut, der im Mündlichen das Genderzeichen ausdrücken soll. Charly benutzt oft das Wort »Mensch«, um inklusiv zu sprechen, zum Beispiel: »Der Postmensch bringt mir ein Paket.« So vermeidet sie das generische Maskulinum »Briefträger«. Auch »jemensch« statt »jemand« sei bei den Pfadys verbreitet, wobei schon »Pfadys« ein geschlechtsneutraler Begriff ist. Nina findet jedenfalls den ganzen Kampf der Gendergegner »einfach nur total peinlich«.

Schülerinnen und Schüler machen heute vermutlich einen Großteil jener Minderheit aus, die Gendersprache tatsächlich schriftlich wie auch mündlich in ihrer Alltagssprache nutzt. Wobei auch die Pfadys in Berlin keinen Illusionen nachhängen. Gendern sei kein Weg in eine bessere Gesellschaft, sagt Nina. Es sei bloß eine »nette kleine Geste«, ein Zeichen des Respekts gegenüber einer Minorität. Mehrere der jungen Frauen geben an, dass es in ihrem Bekanntenkreis nicht-binäre oder trans Personen gebe oder »einfach Menschen, die da nicht so festgelegt sind«, wie Fritzi sagt. Also Personen, für die die Genderzeichen stehen.



Das ist wohl auch der entscheidende Unterschied zwischen diesen gendernden Jugendlichen und den vielen genervten Gender-sprach-Gegnern im Land. Janboris Rätz, ein nicht-binärer Mensch, der lange beim SWR eine Nachrichtensendung moderierte, vermutet, dass die Wut der Gendergegner auch deshalb so ungehemmt sei, weil »die meisten von ihnen niemanden kennen, für den diese Zeichen gedacht sind. Sie haben kein Gesicht



Gendernde Pfadfinderinnen Nina, Gizem, Charly in Berlin: Aus »jemand« wird »jemensch«

vor Augen, wenn sie den Stern sehen oder den Glottisschlag hören.«

In der Politik würden viele die Sache mittlerweile wohl am liebsten totschweigen. Denn die Rechte hat das Thema gekapert, und über rechte Themen spricht man nicht, mit Rechten schon gar nicht. Jede öffentliche Aufmerksamkeit für den Anti-Gender-Kampf birgt die Gefahr, die rechte Agenda zu stützen. »Mit jeder gegenderten Nachrichtensendung gehen ein paar Hundert Stimmen mehr zur AfD«, schrieb CDU-Chef Friedrich Merz im vergangenen Jahr.

Schwachstelle in der Brandmauer: Wie in Thüringen AfD und CDU beim Anti-Gender-Kampf zusammenfanden

Wenn's um Gendern geht, kommt man um einen Gesprächstermin am rechtsextremen Rand nicht herum, also bei Stefan Möller. Möller führt zusammen mit Björn Höcke die Thüringer AfD; bei ihm und in Thüringen zeigt sich besonders deutlich, wie die AfD den Genderprotest als Schwachstelle in der Brandmauer ausgemacht hat, mit der sich demokratische Kräfte eigentlich vom rechten Rand abgrenzen wollen.

Der Moment, in dem AfD und CDU zu einem Anti-Gender-Pakt zusammenfanden, lässt sich datieren auf den 10. November 2022, Plenarsitzung im Thüringer Landtag, Tagesordnungspunkt 79. Ziemlich hitzig ging es an diesem Abend in Erfurt zu, die Abgeordneten fielen sich ununterbrochen ins Wort, überhäuften sich mit Vorwürfen. Am Ende erreichte der CDU-Antrag, um den es ging, eine Mehrheit. Weil die Christdemokraten ihn gemeinsam mit der AfD durchsetzten.

Seither ist die rot-rot-grüne Minderheitsregierung von Ministerpräsident Bodo Ramelow aufgefordert, einen Landtagsbeschluss mit dem Titel »Gendern? Nein Danke!« umzusetzen. Der verlangt unter anderem die Eindämmung der Gendersprache in Behör-

den, Schulen und Universitäten. Der Vorgang ist aufschlussreich: Die CDU hat sich selbst ein striktes Kooperationsverbot mit Höckes Leuten auferlegt. Warum also nahmen sie deren Unterstützung ausgerechnet in diesem Punkt in Kauf?

AfD-Mann Möller, 49, erklärt das Verhalten der Thüringer CDU mit Opportunismus. Die CDU, die verzweifelt nach einem Profilsuche, könne sich so mal wieder konservativ zeigen. »Wo können sie das denn sonst noch, ohne sofort ins Sperrfeuer zu geraten?« In der Asyl- und Migrationspolitik etwa stehe immer gleich der Verdacht im Raum, die Position der AfD sei völkisch, rassistisch, menschenfeindlich. Beim Gendern aber sei es anders: Eine große Bevölkerungsmehrheit lehne die Gendersprache kategorisch ab, sehr praktisch für die Christdemokraten.

Darauf erwidert der Thüringer CDU-Chef Mario Voigt, dass die CDU »sich schon für eine korrekte Anwendung der deutschen Sprache eingesetzt hat, da gab es die AfD noch gar nicht«. Die CDU kämpfe dafür, »dass dort, wo Steuergeld eingesetzt wird, in Schulen und Ämtern, nach den Regeln des Rates der deutschen Rechtschreibung gesprochen und gelehrt werden soll«. Andere Bundesländer hätten das bereits umgesetzt.

Was stört die AfD am Gendern? Möller bemüht für seine Antwort recht monströses Vokabular. Diese Art des Sprechens sei »unnatürlich«, sie »verforme« Menschen und Gesellschaft, findet er. Folgt man seiner Argumentation, sind Schreibweisen mit Genderstern oder Unterstrich »Teil eines ziemlich mächtigen Versuchs«, mit dem offenbar eine Art woke Kulturrevolution durchgesetzt werden solle, die gleich mehrere Herzensthemen der AfD berührt.

Für ihn ist die Gendersprache »ein Glied in einer langen, verheerenden Kette«. Er spricht über die »Infragestellung der Geschlechter«, über Pubertätsblocker, über Geschlechtsan-

gleichungen, auch über die Gefährdung traditioneller Mann-Frau-Muster und der nationalen Identität. Das hängt für ihn alles irgendwie zusammen. Der AfD, so klingt das, geht es im Kampf gegen Genderstern und Glottisschlag um nicht weniger als die Rettung der deutschen Nation, wie sie sie versteht.

Derselbe Stefan Möller sagt dann im nächsten Augenblick, die Gendersprache werde sich eh nicht durchsetzen – und auch er beklagt, dass das Thema, an dessen Überbewertung er fleißig mitarbeitet, völlig überbewertet sei. Er spricht von einer »Ablenkungsdebatte« – und klingt plötzlich so, als wäre es nicht auch seine Partei, die mit polemischen Reden und politischen Maximalforderungen den Dauerstreit am Laufen hält. Natürlich behauptet Möller, die anderen seien schuld an der Polarisierungsdynamik: Die Linken würden das Gendern als Teil ihres Kulturkampfes vorantreiben, was die Konservativen ihrerseits zur »konservativen Profilbildung« nutzten.

Möllers Rechtsextremen fällt in dieser Erzählung die Rolle der vermeintlichen Vernunftspartei zu. Themen wie Migration seien zwar politisch viel wichtiger, dem Bürger aber liege der Kampf gegen das Gendern nun mal am Herzen – »und wenn der möchte, dass wir die Gendersprache bekämpfen, ist das ein Befehl«. In Möllers Welt tritt die AfD in diesem Großkonflikt als Anwältin der Mehrheit auf, die lediglich auf das identitätspolitische Theater der anderen reagiert. Auch das kennt man aus Stellvertreter- und anderen Kriegen: die strategische Behauptung, der Gegner habe zuerst geschossen.

Möller selbst benutzt natürlich das generische Maskulinum. Gegen Formulierungen wie »Wählerinnen und Wähler« wehrt er sich nicht, wohl aber gegen geschlechtsneutrale Partizipien wie »Studierende«. Es gebe, sagt Möller, eine klare Grundlage für die deutsche Sprache: »Das, was der Duden vorsieht.«

Kein gutes Beispiel: Der Begriff »Studierende« für Studenten ist seit Jahrhunderten gebräuchlich, so etwa in den »Satzungen für die Studierenden an den Hochschulen des Königreichs Bayern« aus dem Jahr 1827 – dort sogar in Frakturschrift. Und im aktuellen Duden steht »Studierende« auf Seite 1098.

Alle dagegen, machen wir's trotzdem: Warum die Genderkritik für die Rechte ein so perfektes Lockmittel ist

Die Lage ist so verworren wie aufgeheizt. Zahlreiche Bücher zum Thema sind erschienen, sie tragen Titel wie »Sprachkampf«, »Vermintes Gelände«, »Das Gender-Diktat«. Die Gegner führen eine Vielzahl von Argumenten ins Feld: dass Genus nicht gleich Sexus sei, dass also das grammatische Geschlecht nicht dem biologischen entspreche und das generische Maskulinum deshalb sehr wohl alle einschließe. Dass eine gerechtere Sprache keine gerechtere Welt erschaffe. Dass Genderschreibweisen das Geschlechtliche in der Sprache überbetonen und die Kommuni-

kation politisieren. Dass die Sonderzeichen die Erlernbarkeit des Deutschen für Zugewanderte erschweren sowie die sprachliche Barrierefreiheit für Sehbehinderte beeinträchtigen. Es werden Studien ins Feld geführt und angezweifelt, es wird auf Gegenstudien verwiesen.

Es kann helfen, sich bewusst zu machen, dass die Front in diesem Kulturkampf sich mit den Jahren und Jahrzehnten immer weiter verschoben oder verengt hat. War das Gendern ursprünglich ein feministisches Projekt, das die sprachliche Sichtbarkeit der Frauen erhöhen wollte, so geht es inzwischen oft nur noch um die Sonderzeichen im Wortinneren, eben Sternchen, Doppelpunkt, Unterstrich, damit um das »dritte Geschlecht«.

Zwar gibt es immer noch da und dort Unmut über Doppelnennungen (»Bürgerinnen und Bürger«), Verärgerung über Neutralisierungen durch Partizipien (»Teilnehmende« statt »Teilnehmer«) oder Gereiztheit gegenüber geschlechtslosen Synonymen (»Lehrkräfte« statt »Lehrer«). Aber im Großen und Ganzen werden solche Formen immer besser akzeptiert und fallen vielen kaum noch auf. Während gleichzeitig Sonderkonstruktionen wie »Bürger:innen«, »Der*die Präsident*in« oder »Schüler_innen« ungebrochene Ablehnung erfahren. Im Mündlichen ist es die kurze Pause an der Stelle des Sonderzeichens, die die Gemüter erregt.

Die AfD nutzt das Genderthema für ihren Kampf um Macht.



AfD-Politiker Möller

Der Politologe Sebastian Jäckle wollte wissen, wie die Ablehnung oder Zustimmung zum Genderstern mit anderen politischen Einstellungen zusammenhängt. Er stellte den mehr als 10.000 Teilnehmenden einer Onlineumfrage frei, wie der Fragebogen, den sie ausfüllten, formuliert sein sollte: gegendert oder nicht. Anschließend setzte er diese Vorliebe in Beziehung zu anderen Merkmalen. Die Umfrage ergab zum einen, durchaus überraschend, womit die Ablehnung des Genderns wenig zu tun hat: mit Alter, Geschlecht und Bildungsstand. Ja, Ältere sehen das Gendern etwas kritischer als Jüngere, und ja, Männer tun das etwas mehr als Frauen, und ja, auch Menschen mit tieferem Bildungsstand sind etwas stärker gender-avers als höher Gebildete. »Aber diese Effekte sind relativ gering«, sagt Jäckle.

Selbst wenn man die Parteipräferenz vergleicht, ergeben sich offenbar keine überwältigenden Unterschiede. Mehrheiten gegen das Gendern finden sich bei Sympathisanten fast aller Parteien, selbst bei den Grünen. Das deckt sich mit den Ergebnissen der großen »Triggerpunkte«-Studie der Berliner Soziologen Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser. Sie schreiben: »Egal, ob man nach Bildung, Migrationshintergrund, Ost/West oder Stadt/Land unterscheidet, in keiner Gruppe findet sich eine Mehrheit, die die gendergerechte Sprache als wichtigen Beitrag für die Gleichstellung betrachtet.«

Wie häufig sind Gendersonderzeichen eigentlich? Erstaunlich selten

Aber wenn es kein Generationen-, kein Ost-West- und kein Stadt-Land-Konflikt ist, was ist es dann? Das Einzige, was laut Jäckle halbwegs zuverlässig mit Akzeptanz oder Ablehnung des Genderns einhergeht, sind »die grundlegenden politischen Einstellungsmuster«. In seiner Untersuchung zeigte sich, dass Befragte, die sich eher links, ökologisch und alternativ einstufen, der Gendersprache offener gegenüberstehen als jene, die sich weiter rechts verorten und sich auch in anderen Debatten gegen staatliche Eingriffe und Reglementierungen aussprechen, etwa wenn es um Klimafragen geht. Letztere empfinden das Gendern als übergriffige Einmischung in ihre Selbstbestimmung.

Das könnte auch erklären, warum das Thema Gendersprache für die AfD so attraktiv ist: Sie erreicht damit kulturell Konservative in allen Parteien, egal ob jung, alt, Mann, Frau, Ost, West, Stadt, Land, arm, reich. Dass auch die CDU/CSU auf diesen Zug aufspringt, verwundert nicht.

Spricht man mit Gegnern der Gendersprache oder liest ihre Texte, so entsteht der Eindruck, die deutsche Sprache sei mittlerweile nahezu vollkommen durchgendert. Als begegnete man den Sternchen, Doppelpunkten und Unterstrichen an allen Ecken und Enden. Aber sind die Gendersprachformen wirklich so weit verbreitet? Wie häufig sind sie tatsächlich?

Um dies zu klären, hat die Mannheimer Linguistin Carolin Müller-Spitzer schon di-

verse Untersuchungen durchgeführt. In einer davon hat sie sich gemeinsam mit ihrer Kollegin Samira Ochs die Website der Hamburger Stadtverwaltung hamburg.de vorgenommen. Dort fanden die Forscherinnen mehr als elf Millionen Wörter und rund 800.000 Sätze. Insgesamt entdeckten sie darin knapp 4000 Gendersonderzeichen oder etwa 350 Stück pro eine Million Wörter. »Das entspricht ca. jedem 3000. Wort«, schreiben die Sprachwissenschaftlerinnen und bieten noch eine Verständnishilfe an: »Umgerechnet auf DIN-A4-Seiten bedeutet das, dass man sieben Seiten blättern müsste, um auf eine Form mit Genderstern, Binnen-I, Schrägstrich, Unterstrich oder Klammer zu stoßen.«

Auch der Rat für deutsche Rechtschreibung, ein zwischenstaatliches Gremium, das über die Einheitlichkeit der Rechtschreibung im deutschen Sprachraum wacht, hält fest, dass »die Sonderzeichen im Wortinneren quantitativ nach wie vor marginal sind«. Sie machten »im Gesamtumfang aller mehrere Geschlechter kennzeichnenden Schreibungen weniger als 0,01 Prozent aus«. Während diese Beobachtung schon ein paar Jahre zurückliegt, kommt eine aktuelle Untersuchung des SPIEGEL in 18 Medien auf einen Anteil von 0,4 Prozent: wesentlich mehr, aber immer noch sehr wenig.

Die Werte fallen natürlich sehr unterschiedlich aus, je nachdem, welche Art Texte man untersucht. In journalistischen Massenmedien, etwa dem SPIEGEL, sind die Sonderzeichen extrem selten; die linke »taz« bildet hier eine Ausnahme. In literarischen Werken kommen sie so gut wie überhaupt nicht vor, im Parteiprogramm der Grünen hingegen ist der Genderstern Standard. Auch auf Websites von Universitäten oder in der Behördenkommunikation kann man die Sonderzeichen antreffen. Allerdings gilt offenbar auch bezüglich Verwaltungen die Erkenntnis: Gemessen an der Aufregtheit der Debatte ist es erstaunlich, wie selten die Zeichen tatsächlich in Erscheinung treten.

Zu diesem Ergebnis kam eine linguistische Untersuchung der Websites der größten deutschsprachigen Städte; 20 Städte in Deutschland, je 10 in Österreich und der Schweiz. Die Studie konzentriert sich auf die jeweiligen Unterseiten zur Ummeldung und zu Stellenanzeigen, wo Personenansprachen naturgemäß besonders häufig sind. Es zeigte sich, dass auf den Ummeldeseiten nur 3 der 20 größten deutschen Städte überhaupt Gendersterne, -schrägstriche oder -klammern verwenden (Köln, Dortmund, Bonn). Bei den anderen dominieren Neutralisierungen wie »Person«, »Kinder«, »Sorgeberechtigte« oder »Meldepflichtige«. Ein anderes Bild zeigt sich bei den Jobbörsen der städtischen Websites: Hier, wo Menschen direkt angesprochen und zu einer Bewerbung motiviert werden sollen, sind Formen mit Genderzeichen die häufigste Art der Personenbezeichnung.

Dass nur eine geringe Anzahl deutscher Städte auf den Ummeldeseiten Gender-

zeichen verwendet, zeigt laut den Forscherinnen, »dass hier andere Formen der Personenreferenz den hitzig debattierten Genderformen vorgezogen werden«. Im Gespräch sagt Linguistin Müller-Spitzer außerdem, ihr Eindruck sei, viele Menschen, die sich über genderinklusive Formen beschweren, »warten geradezu auf den Stern oder die Sprechpause«.

Sie suchen regelrecht danach, um sich dann darüber aufzuregen. Das zeigt sich in den vielen genderfeindlichen Social-Media-Gruppen mit Namen wie »Gendern – nicht mit mir!«, auf denen Gender-Gegner Sündenfälle sammeln, darunter gern erfundene lustige Spottbeispiele wie Goethes gegenderten Erlkönig: »Wer reitet so spät durch Nacht und Wind? / Es ist der*die Vater*Mutter*Elterperson mit seinem*ihrem Kind.« Nirgendwo dürften Gendergegner auf so viele Genderzeichen treffen wie in solchen Kanälen.

Verglühende Sterne: Dennoch setzt sich geschlechtsneutrale Sprache durch

Möglich ist, dass das Gendern mit Sonderzeichen den Höhepunkt seiner Verbreitung bereits überschritten hat. Die Anzeichen dafür mehren sich. In Berlin ist der »Tagesspiegel« im vergangenen Jahr weitgehend zur klassischen Schreibweise zurückgekehrt, nach heftigen Protesten seiner Abonentinnen und Abonnenten. Auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk scheint der gesprochene Gendergap »deutlich weniger geworden«, wie Walter Krämer vom Verein Deutsche Sprache mit Genugtuung feststellt.



Der WDR etwa erklärte im vergangenen Jahr offiziell, dass er im Informationsprogramm »keinen Gendergap« mehr verwende, denn es sei aus repräsentativen Befragungen bekannt, »dass eine deutliche Mehrheit der Menschen in Deutschland diesen Sprachgebrauch nicht möchte«. Der WDR-Programmdirektor Jörg Schönenborn sagte weiter: »Sprache ist ja etwas ganz Persönliches, und wir wollen so sprechen wie unser Publikum. Und wenn wir feststellen, dass diese Sprechlücke abgelehnt wird, dann empfehlen wir auch, darauf zu verzichten.«

Weiteres deutet auf einen Rückzug hin: Im Februar dieses Jahres wurde bekannt, dass die Mitarbeitenden in Christian Lindners

Bundesfinanzministerium aufgefordert wurden, künftig auf Formulierungen mit Sonderzeichen wie »Beamt*innen«, »Kolleg:innen« oder »Expert_innen« zu verzichten. Auch die Verwaltung der Stadt Leipzig sprach sich im vergangenen Jahr in ihrem Leitfaden zu geschlechtergerechter Sprache gegen Sonderzeichen aus. Dort, wo die ungeliebten Symbole verbannt werden, bezieht man sich in der Regel auf die Beschlüsse des Rats für deutsche Rechtschreibung, der zuletzt im vergangenen Dezember festgestellt hat, dass Schreibweisen etwa mit Genderstern »nicht von den Regeln des Amtlichen Regelwerks abgedeckt« seien und »nicht empfohlen« werden.

Haben die Gendersprachler also den Krieg der Wörter verloren? Das ist wahrscheinlich der falsche Schluss. Die Entwicklung schlägt bloß eine andere, womöglich eher mehrheits-taugliche Richtung ein. Simone Burel, Geschäftsführerin der Linguistischen Unternehmensberatung LUB in Mannheim, die Verwaltungen, Firmen und Hochschulen im geschlechtersensiblen Sprachgebrauch schult, glaubt zwar auch »nicht daran, dass der Genderstern sich in allen Bereichen durchsetzen wird«. Die Widerstände seien schlicht zu groß. Am weiteren Sprachwandel des Deutschen in Richtung inklusiver Formulierungen hat sie jedoch keinen Zweifel. »Der große Trend geht zur Neutralisierung«, sagt Burel, also zu geschlechtslosen Partizipien, Synonymen, Umformulierungen.

Die werden offenbar selbst von manchen non-binären Personen den Sonderzeichen vorgezogen – und um diese Gruppe geht es ja in erster Linie. Für eine sprachwissenschaftliche Untersuchung beteiligten sich 2021 324 nicht-binäre Menschen an einer Onlineumfrage. Ergebnis: Es ist nicht der Genderstern (»Student*innen«) und auch nicht der Gendergap (»Student_innen«), durch den sich die Teilnehmenden am ehesten repräsentiert sehen, sondern die neutrale Variante (»Studierende«). 73 Prozent fühlten sich durch neutrale Formen am besten repräsentiert, beim Genderstern waren es 48 Prozent, beim Unterstrich 32 Prozent.

Gegen die »Studierenden« oder die »Wählenden« kann sich die Anti-Gender-Phalanx auch schlecht zur Wehr setzen, weil diese Begriffe nicht gegen Rechtschreibregeln verstoßen. »Neutralisierungen und Doppelformen siegen«, haben auch die Linguistinnen Müller-Spitzer und Ochs festgestellt. Zugleich scheint das generische Maskulinum an Bedeutung einzubüßen: In einer Untersuchung von Weihnachts- und Neujahrsansprachen deutscher Bundeskanzler seit 1949 haben die Forscherinnen eine deutliche Abnahme seit 1995 festgestellt. Olaf Scholz habe in seiner Ansprache zum Jahreswechsel 2022/23 sogar kein einziges generisches Maskulinum benutzt. Aber auch kein einziges Gendersonderzeichen und keinen Glottisschlag. Und keiner hat was gemerkt.

Peter Maxwill, Guido Mingels